

Verlagort: Dresden
Einzelpreis: In Dresden Stadt u. Umgebung 10 Pf.
außerhalb 15 Pf.



Freiheitskopf
Amtliche Tageszeitung der NSDAP. Gau Sachsen

Um das für seinen Verbreitungsbereich behördlichstes gestattete Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Staats- und Gemeindebehörden, der Untergerichte, der Landesfahnenämter, der Beamten, der Hauptzollämter, der Zollabfertigungsstellen, der Reichspostämter und der Deutschen Post

Bezugspreis: monatl. 2,40 RM. feinl. 41 Pf. Beziehungsabfall 10 Pf. Trägerkonto: Durch die Post 2,40 RM. einfach 50 Pf. Zeitungsabfall 10 Pf. Trägerkonto: Bei Abholung am und bei Reichspostämtern 2 RM. Erhöhte Abgabe mit Zusatz der Postgebühr. Bei Nichtentnahmen infolge Widerstand besteht Schluß auf Verzicht auf Rückerstattung der Bezugsguthaben oder auf Entziehungserlass.

Nr. 273. Mittwoch, 30. September 1936

Abgabestelle ist auf: Preisel, Nr. 13. Umlaufschild am Tage vor Ende 15 Uhr, f. d. Sonntagsausg., freitags 17 Uhr, f. d. Montagsausg., donnerstags 15.30 Uhr, Verlag: Nationalsozialistischer Verlag f. d. Gau Sachsen GmbH, Dresden 2, Kettwigerstr. 10, Reichskontor Dresden 39/175, Gelände 5-18 Uhr, Sprechst. 5, Schriftleitung 11-12 Uhr außer Sonnabends. Heraus. Sonnenbl. 23801 u. 25281

Fluchtvorbereitung der Madrider Regierung

Abstimmungssieg der Pariser Regierung — Österreichische Forderungen in Genf

Vertrauenskrise um Blum

Die Regierung Blum hat, wie vorausgesagt war, ihre Abwertungsvorlagen glücklich durch die in der Kammer drohenden Kämpfen gebracht. Sie mußte zwar die gleitende Lohnstala, die als Belebungspflaster für die Kommunisten gedacht war, über Bord werfen, hat sich aber in der Erwartung nun geflüchtet, daß die Kommunisten ihre Unterstützung trotzdem nicht versagen würden. Die Moskowiten legen eben auf die „Volksfront“ und ihren herrschenden Einfluß in der derzeitigen französischen Regierung mehr Wert als auf die Verteidigung ihrer arbeiterfreundlichen Grundzüge. Bemerkenswert ist dabei nur die Begründung, mit der die Kommunisten einstimmen, indem sie nämlich die Desastropolitik des früheren Kabinetts Laval für die Abwertung verantwortlich machen, während ja alle Welt darüber einigt ist, daß die Wirtschaftspolitik der „Volksfront“-Regierung die alleinige Schuld trägt.

Auch die Art, wie sich Leon Blum selbst vor der Kammer verteidigte, war nicht gerade sehr mutig. Es war freilich auch eine petulante Aufgabe, den gleichen Volksvertretern die Autonomie bemüht. Die neue baskische Regierung mit dem Sitz in Bilbao soll von dem baskischen Abgeordneten Aguirre geleitet (wie lange noch?) werden.

Die Anhänger sollen aber nichts merken

Paris, 29. September.

Eine Reihe von Mitgliedern des Kabinetts Caballero soll sich von Madrid nach Alicante begeben haben, um die Übersiedlung der Regierung nach Alicante vorzubereiten. Die Minister hätten versichern müssen, innerhalb von 24 Stunden wieder nach Madrid zurückzukehren, da diese Entscheidung in der Umgebung des Ministeriums in einem Augenblick, wo Madrid sich auf einen Angriff der Nationalisten vorbereite, Mischallen ausgelöst habe.

Wie weiter verlautet, hat die rote Regierung den baskischen Provinzen am Dienstag die Autonomie bemüht. Die neue baskische Regierung mit dem Sitz in Bilbao soll von dem baskischen Abgeordneten Aguirre geleitet (wie lange noch?) werden.

Seegesetz bei Gibraltar

In der Meerenge von Gibraltar kam es in den frühen Morgenstunden des Dienstags zu einem schweren Seegesetz. Auf der Höhe von Tarifa verlor der Kreuzer der spanischen Nationalisten „Almirante Cervera“ den neuen Zerstörer der spanischen Marxischen „Granina“. Ein weiterer Zerstörer der Marxischen ergriff die Flucht.

Aus Tangier verlautet, daß der französische Dampfer „Aoutouba“ nur 20 Mann der Besatzung des toten Torpedoboots „Granina“ übernommen hat. Der Rest der Mannschaft sei ertrunken. Die „Granina“ ist ein moderner Zerstörer, der erst vor kurzem in den Dienst gestellt worden war.

Wenn nun die Abwertungsgesetze, vielleicht noch mit einigen weiteren Abstrichen, auch vom Senat angenommen werden, so ist die französische Regierung deshalb noch lange nicht an Ende ihrer Schwierigkeiten angelangt. Ob das Währungsexperiment glückt oder ob es nur der Anfang des Abgleitens auf der schlechten Bahn des Währungs- und Wirtschaftswerts ist, hängt ja nicht so sehr vom Verhalten der Umwelt ab, sondern von dem Vertrauen, das das französische Volk selbst in seine Führung setzt. Diese schiere Grundlage, die uns in Deutschland die schwierigen Tage eines Weltwähungen-Durchgangs ohne jeden Anflug von Kervostät überstecken läßt, steht aber in Frankreich gegenüber der Volksfrontregierung so gut wie ganz.

Schon stehen die Bauern auf und verbünden mit ihren Protestumrissen für eine bessere und gleichmäßige Behandlung die Drohung mit dem Lebensmittelstreik. Die Kommunisten haben sich als stille Teilnehmer der Regierung nicht das Recht nehmen lassen, auch weiterhin die Arbeiterschaft gegen den an ihr verübten Betrag der durch Preissteigerungen wieder weggenommenen Lohn erhöhungen aufzuweigeln, und auch den Radikal-Socialisten als dem rechten Flügel der „Volksfront“ ist die Lust an dieser Regierungsgemeinschaft durch die Vorgänge der letzten Tage verdorben worden.

Wenn also die Regierung Blum auch in der Kammer selbst „siegreich“ geblieben ist, im Lande und in der öffentlichen Meinung hat sie eine schwere Niederlage erlitten, und ihr moralisches Ansehen ist darüber so gesunken, daß ihr schon im eigenen Lande ein nahe Ende vorausgesagt wird.

Kammermehrheit für Frank-Abwertung

Der Senat verlangt jedoch einschneidende Änderungen der Währungsvorlage

Paris, 29. September.

Die französische Kammer nahm am Dienstagvormittag die Währungsvorlage der Regierung Blum in ihrer Gesamtheit mit 350 gegen 221 Stimmen an. Das Kabinett hatte die Vertrauensfrage nicht gestellt. Die Kammer vertrat sich darauf am Mittwoch, 21 Uhr. Die Vorlage, die inzwischen im Senat beraten und dort vorwiegend in verschiedenen Punkten abgeändert wird, soll dann gegebenenfalls erneut zur Abstimmung gebracht werden.

Verzicht auf die gleitende Lohnstala

Die Kammerentscheidung, die am Montag früh begonnen hatte, zog sich bis in die Vormittagsstunden des Dienstags hin.

Nach Annahme der Maßnahmen über die Abschlagsnahme von Gold und gegen die Spekulation gab der Kammerpräsident bekannt, daß auf Vorschlag einiger Abgeordneter der „Volksfront“ die nächsten Artikel der Regierungsvorlage, die ursprünglich die Bestimmungen über die gleitende Lohnstala enthielten, durch einen neuen Wortlaut erweitert werden sollen. Danach soll die Regierung bis zum 31. Dezember 1936 bevohlächtigt werden, auf dem Verordnungswege Maßnahmen zur Verhinderung der Preissteigerung und zur Wahrung der Kaufkraft des Franken zu treffen.

Hierauf erklärte Ministerpräsident Blum u. a., die Kammer könne die Regierung fürzten, aber die vollen endete Tatsache der Abwertung nicht mehr ändern.

Blum wies die von mehreren Rednern erhobene Beschuldigung zurück, daß in der Poli-

tik der Regierung Widersprüche festzustellen seien. Es sei Pflicht der Regierung gewesen, die notwendigen Maßnahmen vorzubereiten, um gegebenenfalls die Frankabwertung unter möglichst geringen Opfern vollziehen zu können.

Die Regierung sei entschlossen, die öffentliche Ordnung gegen jedes Unterlassen zu hüten, die die Souveränität des Volkes oder die republikanischen Einrichtungen beeinträchtigen würde. Die Täbakkerei sei der Arbeitsorganen nicht zur Gewohnheit werden. Das Vertreten der Arbeiterschaft in die Regierung der „Volksfront“ werde es dieser ersparen, andere Mittel in Anwendung zu bringen als die der Verschöhnung und Vermittelung.

Ein Zwischenruf eines rechtsgesetzlichen Abgeordneten bezeichnete den Ministerpräsidenten als Dienst des Gewerkschaftsführers Jouhaux, was ihm einen Ordnungsraum des Kammerpräsidenten einbrachte.

Zum Schlus erklärte Blum, die Regierung sei mit der neuen Fassung des Artikels 14, d. h. der Jurisdicition der bestimmen über die gleitende Lohnstala, einverstanden, da ihr damit eine Waffe zur Bekämpfung der Preissteigerung in die Hand gegeben sei (?).

Erhebliche Widerstände im Senat

Wie zu erwarten stand, sind die Widerstände gegen die Frankabwertung im französischen Senat weitgehend stärker als in der Kammer, wenn auch mit einer Ablehnung der Vorlage auf-

Bisbas sich trotz des vom Kriegsminister Prieto persönlich organisierten Widerstandes nur noch höchstens eine Woche hält ten können.

Cabanelas dankt den Frei

Der Führer der irischen Blauhemden, General O'Duffy, traf am Dienstag in Valladolid ein. Er bot den spanischen Nationalisten die Dienste von etwa 2000 irischen Rekruten zum Kampf gegen den Kommunismus an. General Cabanelas, der Chef der vorläufigen nationalistischen Regierung, lehnte jedoch das Angebot mit den Worten ab, daß Spanien keine Ausländer bei dem Werk der Befreiung des Vaterlandes wünsche.

Moskaus Hoffnungen schwunden

Die ständigen Fortschritte der nationalen Truppen können auch von der sowjetischen Presse nicht länger verheimlicht werden. Der Sonderberichterstatter der „Pravda“ schildert am Dienstag die Lage in Madrid in düsteren Farben. Zahlreiche Personen, die sich noch vor kurzem als entschlossene Anhänger der roten Regierung erklärten, zögern es nunmehr vor, aus der Hauptstadt zu eilen und zu fliehen. Sie versuchen, sich nach Valencia, Barcelona oder gar nach Marseille und Paris in Sicherheit zu bringen. Manche Kreise in Madrid, so heißt es weiter, rechnen mit dem Erscheinen der nationalistischen Truppen vor den Toren der Stadt bereits in den nächsten Tagen. Die Erklärung des Sonderberichterstatters „es wird sehr schwer sein, sich in Madrid zu verteidigen“, fliegt wie eine erste Vorberichtung auf hoffnungslose Hoffnungen der Moskauer Machthaber.

Das sogenannte „Volksgericht“ in Alicante verurteilte am Dienstag wiederum acht Nationalisten zum Tode.

hier nicht zu rechnen ist, wohl aber mit entscheidenden Änderungen.

Der Senat trat am Dienstagvormittag nur zu einer kurzen Sitzung zusammen und vertrat sich dann am Mittwochvormittag. Diese Zeitspanne will der Finanzausschuß des Senats dazu benutzen, um die in der Kammer verabschiedete Vorlage eingehend zu prüfen und entsprechende Änderungsvorschläge auszuarbeiten.

Die Senatsfraktion der republikanischen Linke hat sich bereits am Dienstagvormittag einsatzmäßig gegen die Währungsvorlage ausgetragen, die nur dann geziert ist, den Rücken der Sportler herbeizuführen und die landwirtschaftlichen Interessen des Landes zu gefährden.

Auch der „Intransigent“ plant zu wählen, daß sich im Senat energische Widerstände gegen die Volksmachten geltend machen würden. Zahlreiche Mitglieder des Senats sehen der Amtshabenden, das die Volksmachten der Regierung das Recht geben, die Löhne anzugelehen, also praktisch doch die gleitende Lohnstala in Anwendung zu bringen, die auch die Kammer nicht gewollt habe.

Der Finanzausschuß des Senats nahm am Dienstagvormittag die Erklärungen des Finanzministers über die Rentenabwertung entgegen. Vincent-Auriol legte den Wortlaut der Verhandlungen mit dem britischen und dem amerikanischen Schahmunt dar und verteidigte den von der Kammer angenommenen Wortlaut der Regierungsvorlage, indem er versicherte, daß die Frankenabwertung in seiner Weise geeignet sei, eine neue Leistung hervorzutreten. Der Ausschuß stellte jedoch fest, daß die